

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

16. April 1958

251/J

A n f r a g e

der Abgeordneten P o p u l o r u m, H o r n und Genossen
 an den Bundeskanzler,
 betreffend eine Veröffentlichung im "Österreich-Bericht".

- - - - -

Im "Österreich-Bericht" des Bundespressedienstes, Nr. 57 vom 9./10. März d.J., findet sich ein Ausschnitt aus der "Wiener Zeitung", in dem von einer Versammlung des Beamtenbundes berichtet wird. Die Forderungen des Beamtenbundes werden dort aufgezählt und zum Schluß festgestellt, "der österreichische Beamtenbund werde sich bemühen, die vordringlichsten Anliegen der Beamenschaft zu vertreten".

Es muß festgestellt werden, daß alle Gesetze, die sich mit dem öffentlichen Dienst befassen, seit 1945 durch langwierige, aber sachliche Verhandlungen der Bundesregierung mit den Vertretern der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zustandegekommen sind. In letzter Zeit ist der "Österreichische Beamtenbund" jedesmal knapp vor dem Abschluß schwieriger Verhandlungen mit Lizitationsvorschlägen in die Öffentlichkeit gegangen oder er hat jeweils das gefordert, was die Gewerkschaftsvertreter bereits durchsetzen konnten, um dies dann als seinen Erfolg hinzustellen.

Die Bundesregierung hat in richtiger Einschätzung dieses Vereines das Verlangen abgelehnt, ihn zu Verhandlungen zuzuziehen. Auch in beiden Regierungs- parteien ist die Stellungnahme einheitlich, vor allem in der zuständigen Gewerkschaft der öffentlichen Dienste, wie die Debatten zum Dienstrechtsverfahrensgesetz im Nationalrat beweisen. Abgeordneter Dr. Hetzenauer setzte sich mit der Kritik des Beamtenbundes auseinander und stellte fest, die unqualifizierbaren und frechen Schreiberlinge im Generalsekretariat des Österreichischen Beamtenbundes verdienten keine Antwort auf die Eingabe an die Abgeordneten. Auch Abgeordneter Pölzer befaßte sich mit dem Beamtenbund und sagte, daß dieser den Bogen nicht überspannen solle. Beide Zitierungen sind der "Wiener Zeitung" vom 14. März entnommen.

Angesichts dieses Sachverhaltes ist es den unterzeichneten Abgeordneten unerklärlich, wie diese Meldung für wert befunden wurde, in den "Österreich-Bericht" aufgenommen zu werden. Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehene

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, mitzuteilen, nach welchen Prinzipien die Zusammenstellung der Artikel für den "Österreich-Bericht" erfolgt, um eine objektive Information über das öffentliche Leben in Österreich zu geben?